Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5mal gespaltene Millimeterzeile für Inserate aus Auer und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, amtliche Zeile 40 Pfennige, amtliche Zeile 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 217 — Donnerstag, den 17. September 1931 — 26. Jahrgang

Neuer Schritt Hoovers in Aussicht

Stimmen für eine wesentliche Verlängerung des Feierjahres

Der Beirat des Federal Reserve Board schlägt Verlängerung des Hoover-Feierjahres auf drei bis fünf Jahre vor

Washington, 15. Sept. Wie der im allgemeinen gut unterrichtete Korrespondent der „New York Evening Post" meldet, haben die Mitglieder des Beirates des Federal Reserve Board, die gestern abend zum Essen bei Präsident Hoover geladen waren, diesem geraten, unverzüglich das einjährige Moratorium für Kriegsschulden und Reparationen in ein drei- bis fünfjähriges Moratorium umzuwandeln und Reparationen auf drei Jahre. — Die Bankiers sollen dafür eingetreten sein, daß man die gegenwärtig unmobilisierten kurzfristigen deutschen Kredite, die sich auf 600 Millionen Dollar belaufen, in einzelne Gruppen einteile, damit sie von der Federal Reserve Bank rediskontiert werden können. Diese Vorschläge sollen im Laufe einer langen Erörterung gemacht worden sein, die nach dem Essen im Weißen Hause folgte, zu dem Hoover den Beirat des Federal Reserve Board eingeladen hatte. — Es scheint offensichtlich, daß die amerikanischen amtlichen Kreise keinesfalls eine vorzeitige Veröffentlichung hinsichtlich einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums wünschen. Ein Beamter im Büro des Präsidenten erklärte bezüglich der Meldung der „New York Evening Post": „Das sind reine Kombinationen." Der Beamte fügte hinzu, daß die Frage einer Verlängerung des Moratoriums nicht Gegenstand irgendeiner Konferenz gewesen sei und daß das Weiße Haus in dieser Hinsicht keinen Schritt ins Auge gefaßt habe. Man glaubt zu wissen, daß Hoover gestern abend auf einem Diner seine Gäste über ihre Meinung wegen der Notwendigkeit befragte, einen Beweis von Großzügigkeit hinsichtlich der Kredite für amerikanische und ausländische Unternehmungen zu geben und über die Möglichkeit, den ungeheueren Goldvorrat der Vereinigten Staaten nutzbringend zu verwenden, ohne eine Inflation hervorzurufen.

Führende Bankiers Amerikas drängen zu sofortigen Maßnahmen

London, 15. September. Der Washingtoner Korrespondent der Times meldet: Es deutet vieles darauf hin, daß in den nächsten Wochen, vielleicht schon in den nächsten Tagen, eine wichtige Entwickelung in der amerikanischen Politik eintreten wird, die in einer Ausdehnung der Periode des Hoover-Planes bestehen würde. Führende Bankiers der Vereinigten Staaten dringen darauf, daß ein vier- oder fünfjähriges Moratorium für alle Kriegsschulden erklärt werde. Sie sind einstimmig der Meinung, daß die Ungewißheit der jetzigen Lage unberechenbaren Schaden anrichtet, und daß die Beseitigung dieser Unsicherheit unbedingt notwendig ist. Sie beharren darauf, daß entsprechende Schritte getan werden, bevor der Kongreß zusammentritt. Der Korrespondent fährt fort: Unzweifelhaft gibt es in der Regierung Männer, die mit ihnen einverstanden sind, aber es steht noch keineswegs fest, daß Präsident Hoover überzeugt worden ist. Alles, was über seinen Standpunkt bekannt worden ist, zeigt, daß er nicht geneigt ist, einen Schritt der angegebenen Art zu tun, bevor der Kongreß seine Ansicht über das ursprüngliche Moratorium geäußert hat. Inzwischen nimmt der Druck, der auf ihn ausgeübt wird, zu, und die finanziellen Argumente werden noch durch das politische Argument verstärkt, daß ein vier- oder fünfjähriges Moratorium den Hintergrund für eine Art deutsch-französische Annäherung bilden könnte, die ernstlich gewünscht wird. Der Korrespondent schließt: Präsident Hoover würde es vorziehen, noch vielleicht sechs Monate zu warten. Jedenfalls dürfte bald bekannt werden, ob er glaubt, daß eine solche Verzögerung noch möglich ist.

Mellon für Verlängerung

Washington, 15. Sept. Wie „New York Evening Post" weiter meldet, ist Schatzsekretär Mellon für eine Ausdehnung des einjährigen Moratoriums für Kriegsschulden

Churchill für Einberufung einer internationalen Goldkonferenz

London, 15. Sept. Churchill (unabhängig-konserv.) schlug im Unterhause die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beratung der Goldfrage vor. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche Konferenz in der einen oder anderen Form zu einer Annullierung der Kriegsschulden und der Reparationen führen werde und fügte hinzu: Von mehr als 2000 Millionen Pfund Sterling Gold besitzen Frankreich und die Vereinigten Staaten gegenwärtig 1350 Millionen oder zwei Drittel des Goldes der Welt, von denen wahrscheinlich ein gewaltiger Betrag, der sich möglicherweise auf ein Drittel des sichtbaren Goldes der Welt beläuft, ungenützt daliegt.

Kritik in Genf

Japaner, Perser und Norweger äußern ihre Ansicht über die Unfruchtbarkeit der Arbeiten im Europaausschuß

Genf, 15. Sept. Das Schicksal des europäischen Studienausschusses bildete heute den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen im sechsten Hauptausschuß der Vollversammlung des Völkerbundes. Von japanischer und persischer Seite, aber auch von dem Vertreter Norwegens wurde eine ziemlich deutliche Kritik an den bisherigen Arbeiten des Europa-Ausschusses geübt und darauf hingewiesen, daß diese Arbeiten bisher kein Ergebnis gebracht, sich aber durch die vielen Unterausschüsse für spezialeuropäische Fragen allmählich an die Stelle der eigentlichen Völkerbundstätigkeit gesetzt hätten. Der europäische Studienausschuß sei lediglich als ein einzelner Ausschuß gedacht gewesen, habe sich aber eine Reihe von Unterausschüssen angegliedert, deren Wert fraglich erscheine und die deshalb abgebaut werden sollten.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wandte sich gegen diese Auffassung, es sei nicht der Zweck der europäischen Arbeiten, Europa wirtschaftlich von der übrigen Welt zu trennen, weil das praktisch unmöglich sei. Man könne auch in diesem Augenblick die Arbeiten nicht einfach aufgeben, sondern man müsse das Mandat des Europa-Ausschusses verlängern. Der Vorschlag, jetzt an die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa" heranzugehen, scheine ihm verfrüht, da bei dem augenblicken Zustande nur eine negative Entscheidung herauskommen könne. Man müsse sich vielmehr auf die wirtschaftlichen Arbeiten konzentrieren, da in ihnen das Problem der Zeit liege, und man müsse trotz aller Skepsis wenigstens dieses Mittel anwenden.

Auch Briand verteidigte seine Gründung, aber auffällig uninteressiert und schwach. In allgemeinen Ausdrücken wies er darauf hin, daß die europäischen Arbeiten doch zur Schaffung neuer Märkte beigetragen und einigen Staaten die Wirtschaftskrisis erleichtert hätten. Wenn auch der Europa-Ausschuß die Krise nicht habe beschwören können, so dürfe man doch das Kind nicht verleugnen, sondern müsse das Stadium der jetzt aufgenommenen und anderer Fragen weiter fortsetzen. Briand stellte einen entsprechenden Entschließungsentwurf der französischen Delegation für eine Verlängerung des europäischen Mandats in Aussicht, der in der Vollversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Curtius besucht Briand

Genf, 15. Sept. Briand verläßt am Mittwochvormittag Genf. Für Dienstagnachmittag ist ein Gegenbesuch des deutschen Außenministers Dr. Curtius bei Briand vorgesehen.

Der Rüstungsstand Frankreichs

Genf, 14. Sept. Beim Völkerbund sind in den letzten Tagen weitere Mitteilungen über den augenblicklichen Rüstungsstand in den verschiedenen Ländern eingelaufen. Die französische Note versucht, die Zahlenangaben sehr stark zu verschleiern. Es ergibt sich jedoch aus einer Addition, daß die französische Landarmee 34 825 Offiziere und 603 000 Mann stark ist. Die Seestreitkräfte Frankreichs betragen 4384 Offiziere und 58 339 Mann, die Luftstreitkräfte 42 554 Mann. Die Zahl der Flugzeuge beläuft sich auf 2139. Die Gesamttonnage der französischen Kriegsflotte ist mit 628 003 Tonnen angegeben.

Kabinettsberatungen über die kommende Notverordnung

Berlin, 15. Sept. Die Beratungen des Reichskabinetts über die kommende große Notverordnung werden morgen fortgesetzt werden. Es ist damit zu rechnen, daß sie in Dauersitzungen jetzt so gefördert werden, daß die Veröffentlichung der beabsichtigten Maßnahmen etwa am nächsten Dienstag erfolgen kann. In der gestrigen Kabinettssitzung ist bekanntlich bereits der Anfang gemacht worden, und zwar mit der Beratung der Bankenfrage. Wie wir erfahren, haben diese Beratungen das Ergebnis gehabt, daß ein Kuratorium gebildet werden soll, an dessen Spitze der Bankkommissar stehen wird. Das Kabinett hat die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Es läßt sich aber jetzt schon feststellen, daß es im wesentlichen der Vorlage folgt, die die Ressorts ausgearbeitet haben. Nur in einzelnen Punkten sind noch Abänderungen beabsichtigt, z. B. in der Frage von Ernennungen, die vom Reichspräsidenten erfolgen werden, aber wohl nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, auf Vorschlag des Kuratoriums, sondern auf Vorschlag der Reichsregierung nach Anhörung des Kuratoriums. Das Kuratorium wird außer dem Kommissar und den beiden Staatssekretären des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums, dem Reichsbankpräsidenten und einem weiteren Vertreter der Reichsbank bestehen. Es wird zum Reichswirtschaftsministerium ressortieren. Die Lösung des Problems des Bankenaufsichtsamtes, zu der man jetzt gekommen ist, liegt vor allem in der Richtung einer Einsicht in die Devisen- und Kreditpolitik der Banken.

Die Länderbesprechungen in der Reichskanzlei

Berlin, 15. Sept. In der Reichskanzlei fand heute vormittag die gestern angekündigte Besprechung des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit den Ländern statt. Sie dauerte bis kurz nach 1 Uhr mittags. Es nahmen daran teil der bayerische Ministerpräsident Held, der sächsische Ministerpräsident Schieck, der württembergische Ministerpräsident Bolz, der hessische Ministerpräsident Adelung und für Baden Innenminister Meier und Finanzminister Matthes. Aus der Tatsache, daß nicht, wie gestern angenommen wurde, die Finanzminister, sondern die Ministerpräsidenten selbst zu dieser Besprechung nach Berlin gekommen sind, ergibt sich schon, daß es sich um eine möglichst enge Angleichung der Maßnahmen der Länder an die des Reiches und nicht nur um finanzielle Probleme gehandelt hat, obgleich sie natürlich in allen Erörterungen gegenwärtig die Hauptrolle spielen.

Verhandlungen des deutsch-russischen Schlichtungsausschusses

Berlin, 15. September. Die Verhandlungen des deutsch-russischen Schlichtungsausschusses werden am Donnerstag vormittag in Berlin beginnen. Bei diesen Besprechungen handelt es sich um eine alljährlich stattfindende Zusammenkunft deutscher und russischer Vertreter, die einer Bereinigung der sich im Laufe des Jahres ergebenden Differenzen bei der Durchführung der deutsch-russischen Verträge dienen soll. Die diesmal auf der Tagesordnung stehenden Fragen haben zwar keine ungewöhnliche politische Bedeutung, sind aber andererseits für die an dem deutsch-russischen Wirtschaftsverkehr beteiligten Firmen und die Durchführung des Wirtschaftsverkehrs von Interesse.

Ausfuhrüberschuß 322 Millionen

Der deutsche Außenhandel im August

Berlin, 15. Sept. Die deutsche Einfuhr im August beträgt 454 Millionen RM. Von dem Rückgang gegenüber der tatsächlichen Juli-Einfuhr, der 84 Millionen RM beträgt, entfallen rund 40 Millionen RM auf die Rohstoffeinfuhr, 30 Millionen RM auf die Lebensmitteleinfuhr und 13 Millionen auf die Fertigwareneinfuhr. Die Ausfuhr (ohne Reparationssachlieferungen) ist von 792 Millionen im Juli auf 776 Millionen im August gefallen. Bei dieser (nicht saisonüblichen) Abnahme ist zu berücksichtigen, daß die Ausfuhr vom Juni zum Juli eine über das saisonmäßige Ausmaß hinausgehende Steigerung aufwies. Reparationssachlieferungen betragen 26 (35) Millionen. Die Handelsbilanz für August schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von 322 (Juli 254) Millionen RM und einschließlich der Reparationssachlieferungen mit einem solchen von 348 (289) Millionen RM ab.

Dingeldey beim Reichskanzler

Berlin, 15. Sept. Der Reichskanzler empfing heute abend den Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, zu einer längeren Aussprache. Es liegt auf der Hand, daß Abg. Dingeldey den Kanzler in erster Linie über die Auffassungen unterrichten wollte, die in der Potsdamer Tagung seiner Reichstagsfraktion Anfang voriger Woche zum Ausdruck gekommen sind, namentlich, soweit sie

SLUB
Wir führen Wissen.